Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7157**

14. Wahlperiode 17. 10. 2001

Antrag

der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Guttmacher, Ernst Burgbacher, Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Paul K. Friedhoff, Joachim Günther (Plauen), Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Dr. Irmgard Schwaetzer, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Fairen Wettbewerb im Luftverkehr bewahren – Sicherheit erhöhen

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die momentane Krise einiger Luftverkehrsunternehmen tritt als Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA offen zu Tage, war jedoch dem Grunde nach schon vorher vorhanden. Insofern haben die nach den Terroranschlägen gesunkenen Passagierzahlen die Krise im Luftverkehr wesentlich beschleunigt. Sie sind jedoch nicht ursächlich für die Probleme, die eine Reihe von Luftverkehrsunternehmen auch schon vorher am Markt hatten.

Eine erhebliche Zahl von Luftverkehrsunternehmen scheint jedoch die Probleme, die die veränderten Marktbedingungen mit sich bringen, meistern zu können. Ihre Zahl ist größer als die Zahl der Unternehmen, die nun vom Markt verschwinden oder zu verschwinden drohen.

Der bestehende Wettbewerbsrahmen im Luftverkehr muss sich gerade in diesen krisenhaften Zeiten bewähren.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die von der Bundesregierung und der Luftverkehrswirtschaft eingeleiteten Sicherheitsmaßnahmen und die zeitlich begrenzte Erweiterung der Staatshaftung für nicht mehr versicherte Kriegs- und Terrorismusrisiken über deutsche Luftverkehrsunternehmen hinaus auf deutsche Flughäfen und Dienstleister.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich auf europäischer Ebene und auf WTO-Ebene dafür einzusetzen, den Wettbewerbsrahmen zu erhalten. Es muss verhindert werden, dass der Luftverkehr wieder zu einer Spielwiese für staatliche Interventionen und Subventionen wird. Bei der Bewertung möglicher Unterstützungsmaßnahmen für die nationale Luftverkehrswirtschaft sind strenge Kriterien anzulegen, die marktverzerrende Dauersubventionen ausschließen. Maßstab müssen die WTO-Regeln sein.

Gleichzeitig ist zu vermeiden, dass nationale Carrier im Wettbewerb mit subventionierten Wettbewerbern unverschuldet ins Hintertreffen geraten. Unternehmen, die sich über Jahre eine günstige Marktposition erarbeitet haben, dürfen keinesfalls gegenüber schwächeren Unternehmen benachteiligt werden, die nur noch durch Subventionen am Markt bestehen können.

Hinsichtlich der Mehraufwendungen für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen muss ein fairer Modus zur Anlastung der zusätzlichen Kosten gefunden werden. Im Sicherheitspaket der Bundesregierung aufgeführte Maßnahmen, die hoheitlichen Aufgaben zuzuordnen sind, dürfen weder den Passagieren noch den Unternehmen angelastet werden. Auch hier ist ein harmonisierter Handlungsrahmen zu erarbeiten, um Wettbewerbsverzerrungen und Sicherheitsdefizite zu vermeiden.

Berlin, den 16. Oktober 2001

Horst Friedrich (Bayreuth)
Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Guttmacher
Ernst Burgbacher
Ina Albowitz
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Paul K. Friedhoff
Joachim Günther (Plauen)
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Ulrich Irmer
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Gerhard Schüßler
Dr. Irmgard Schwaetzer
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333